

Die Approvisionnement in der Kriegszeit.

Die Gemüsefrage.

Im Sitzungssaale der Handelskammer fand gestern unter dem Voritze des Universitätsprofessors und Vizepräsidenten der Gartenbaugesellschaft Hofrates Professor v. Wettstein eine von der Gartenbaugesellschaft veranstaltete und vom Sektionsrat Doktor Ullmann eingeleitete Diskussion über die Frage der Approvisionnement Wiens mit genügendem guten und billigen Gemüse statt. Zu dieser Diskussion hatten sich vom Ackerbauministerium Hofrat Portele und Regierungsrat Schwarz, vom Handelsministerium Ministerialbizesekretär Fuchs, vom Kriegsministerium Oberintendent Jul. Patzka, in Vertretung des Bürgermeisters Gemeinderat Dr. Klobberg, von der Reichsorganisation der Hausfrauen Frau Helene Granitsch u. v. a. eingefunden. Hofrat Dr. v. Wettstein betonte den Zweck der Diskussion, welcher dahin gehe, die Frage der Approvisionnement Wiens mit Gemüse einer gedeihlichen Lösung zuzuführen. Hofgarden-direktor Umlauf meinte, daß es vor allem gelingen müsse, sowohl bei den Produzenten als auch bei den Konsumenten eine einheitliche Organisation zu schaffen. Auch müssen noch andere Behelfe für eine Gemüseapprovisionnement geschaffen werden, so vor allem Kühlräume für Gemüse, Einlegerräume für Wurzelgemüse, sogenannte Krautschuppen usw. Dies sei aber nur im Wege der Zentralisation möglich, es müsse eine Organisation sein, die mit Geld ausgestattet ist, aber auch über Arbeitskräfte verfügt. Nach der Meinung des Redners müßte die Organisation auf genossenschaftlicher Basis aufgebaut sein. Was auf den Markt gebracht wird, müsse auch übernommen werden, nicht der Produzent dürfe das Risiko tragen. Was an frischem Gemüse von den Konsumenten nicht mehr gekauft wird, müsse zur Konservenerzeugung verwendet oder in den Kühlräumen für den Herbst eingemietet werden. Frau Helene Granitsch empfahl eine Verlängerung der Marktzeit für die Gemüsegärtner, damit sie an die Konsumenten direkt verkaufen könnten. Eine Verlängerung der Urlaube der Gemüsegärtner analog der landwirtschaftlichen Arbeiter könnte der Arbeiternot beim Gemüsebau bedeutend abhelfen. Uebrigens seien jetzt durch die Beendigung der Winterarbeiten für das Heer viele Frauen arbeitslos geworden. Vielleicht könnte man Frauen verwenden, beim Gemüsebau gebe es auch leichtere Arbeiten. Man müßte sich aber vorher über die Lohn-, Kost- und Unterkunftsverhältnisse für diese Frauen im Klaren sein. Reichsrats-Abgeordneter Winter schilderte die Marktverhältnisse Wiens und bemerkte, der Bürgermeister könnte den Gemüsegärtnern in allen Bezirken Wiens einige Gassen zum Auffahren mit ihren Wagen, beziehungsweise zum Verkaufe ihrer Waren freigeben, damit die Frauen nicht auf die entlegenen Märkte laufen müssen. Vorsteher Pabst sprach gegen die Dezentralisierung des Marktes und gegen die Ausschaltung des Zwischenhandels; der Produzent könne sich um den Detailverkauf nicht kümmern.